Anhörungen zu Völkermord in Myanmar in Den Haag

11. Dezember 2019



Den Haag (KNA) Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat eine dreitägige Anhörung zur Vertreibung der muslimischen Rohingya-Minderheit in Myanmar eröffnet. „Ich stehe vor Ihnen, um das Gewissen der Welt aufzuwecken“, zitieren Medien (Dienstag) Gambias Justizminister Abubacarr Marie Tambadou.

Das muslimisch geprägte Gambia hat Myanmar wegen Völkermordes an den Rohingya in Den Haag beschuldigt. Zudem beantragt es mit Unterstützung der Organisation Islamischer Staaten „vorläufige Maßnahmen“ zum Schutz der Rohingya in Myanmar. Die Armee Myanmars hatte im August 2017 mehr als 750.000 Rohingya vertrieben. Auch die Vereinten Nationen sprechen in diesem Zusammenhang von Völkermord und ethnischer Säuberung. Die Flüchtlinge leben unter schwierigen Bedingungen in Lagern in Cox’s Bazar in Bangladesch.

Am Dienstag erläuterte Gambia bei der mündlichen Anhörung seine Position. Am Mittwoch hat Myanmar das Wort. Dessen Delegation wird von Staatsrätin und Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi geleitet. Sie will ihr Land gegen den Vorwurf

des Völkermordes verteidigen.

Überall in Myanmar hatten zuvor Tausende Menschen an Unterstützungskundgebungen für Suu Kyi teilgenommen. Die „Free Rohingya Coalition“ rief unterdessen zu Protesten und zu einem internationalen Wirtschaftsboykott gegen Myanmar auf. Der Koalition gehören 30 Organisationen aus zehn Ländern an. Der Erzbischof von Rangun, Kardinal Charles Bo, forderte die internationale Gemeinschaft zuletzt auf, bei den Rohingya-Prozessen „Augenmaß“ walten zu lassen und nicht das gesamte Volk von Myanmar zu verurteilen.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - tlmlk-89-00134)

Stand: 13. November 2026